

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 21 (1941-1942)
Heft: 7

Artikel: Die Schweiz zu Beginn des dritten Kriegsjahres. Teil II, Die innere Front
Autor: Sprecher, Jann v.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-158878>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die Schweiz zu Beginn des dritten Kriegsjahres.

Von Jann v. Sprecher.

II. Die innere Front.

„Daß wir als Versammlung freier Männer eines freien Volkes über solche Dinge offen reden und vor der Öffentlichkeit uns aussprechen können, das ist das freudige und stolze vaterländische Gefühl, das mich am Schlusse dieser Herbstsession befeelt“. (Aus der Abschiedsrede des Nationalratspräsidenten Nietlisbach.)

Die Spanne weniger Wochen, die in der Entwicklung uns trennt von dem Stichtag des ersten September, dem Eintritt in das dritte Kriegsjahr, mußte, mit ihrer erschütternden Folge der Kriegshandlungen, die in solch' gewaltigem Ausmaß an Einsatz und an Opfern der europäische Kontinent niemals in seiner Geschichte zu ertragen hatte, dem kleinen Volk, das die Pässe der Alpen sichert, mit Eindringlichkeit das volle Gewicht der Forderung des Tages erweisen, daß nun die Stunde der moralischen Bewährung gekommen ist. Stunde der Bewährung — das ist die Stunde der Tat; das ist die Einlösung des großen Versprechens der Höhenstraße, des ersten August; das ist die Stunde der geschichtlichen Verpflichtung, die uns gegeben ist, daß wir nun abtragen die Dankeschuld gegenüber den vergangenen Geschlechtern, die uns als freien Menschen in einem freien Lande das stolzeste Glück, das edelste Pfand in die Hände gelegt haben.

Die Größe der Pflicht, die Größe der Aufgabe, die wir alle zu erfüllen berufen sind, zwingen uns in besonderer Weise, an die in ihrem Gefolge entstandenen und täglich entstehenden Probleme aus einer Beurteilung heranzugehen, die in sich dieser Größe zu entsprechen vermaga. Diese Größe der Aufgabe allein schon möchte jenes geschäftige Geltendmachen der „kleinen Gesichtspunkte“, soweit sie nicht als Teile des Großen zu werten sind, umsomehr aber aus kleinlicher Einstellung oder Gesinnung fließen, und das uns allen aus der Friedenszeit nur zu wohl bekannt ist, mit unwilliger Gebärde aus dem Blickfeld verbannen. Das will nun freilich keineswegs überall gelingen, eben just dort nicht, wo trotz der großen Zeit der schweren Not, die uns zunehmend und ohne jede gefällige Rücksicht alle ergreifen wird, der große Gesichtspunkt zur Zeit noch vermißt wird, indessen dafür umsomehr das Wort oder die Parole sich einstellt und breit zu machen droht. Allein wer des Bewußtseins jener Größe der Verpflichtung und damit der Größe der Aufgabe bis zur Stunde noch nicht

teilhaftig werden konnte, dem wäre zu wünschen, daß er einmal in stiller Stunde des Schicksals jener Völker Europas gedächte, welche die Freiheit, ihr wahrhaft heiligstes Gut, haben verlieren müssen, und bedächte, daß solcher Verlust weit schwerer liegt als alle Not und aller Hunger, die je den Menschen quälen können, weil er den Sinn des Lebens selbst zerstört. Schweifen so die Gedanken über die weiten Felder Europas, aus denen die Freiheit verschwunden ist — wen müßte nicht ein großes Gefühl des Dankes und damit die Größe unserer Aufgabe selbst im Innersten ergreifen?

Der Bundespräsident hat uns allen an dem verpflichtenden Tage des ersten August den Weg gewiesen, den wir gehen müssen. Der Weg mag für manchen schmal sein, denn er ist eingezäunt von mannigfachen Pflichten und Verzichten; es ist der Weg der Eintracht und des Gemeinschaftsgeistes, den ohne persönliche Opfer jeder Art keiner zu gehen vermag. Wir alle aber müssen ihn gehen — warnend erhebt sich die Erinnerung an 1798, an die Herr Wetter uns verwies, als er des Untergangs der alten Eidgenossenschaft gedachte und der Zwietracht, aus der er erwuchs. So kann, wie Herr Wetter erklärte, unsere Demokratie in der heutigen Zeit einen parteipolitischen Kampf um des Kampfes willen nicht dulden.

Die Herren freilich, die jüngst die bekannte „Proklamation“ erließen, haben inzwischen jene Mahnung bereits wieder vergessen. Sie sind eben zu den bekannten „kleinen Gesichtspunkten“ zurückgekehrt und haben übersehen, daß unsere Zeit sie einfach nicht mehr erträgt. Damit aber haben sie zugleich eines der entscheidenden Probleme in die Mitte des Blickfeldes gestellt, dessen Lösung gefunden werden muß, wenn unser Volk den Forderungen der Kriegszeit gewachsen sein soll.

Die Verwirklichung einer tatsächlichen Gemeinschaft des Volkes, ohne welche eine Lösung unserer großen und schweren Aufgabe nicht denkbar ist, erscheint mit Bezug auf die politische Struktur unseres demokratischen Bundesstaates und in Anbetracht der durch den Zustand des Aktivdienstes gegebenen Entwicklung unter verschiedenen Gesichtspunkten. Sie sind positiver und negativer Natur. Als positiv zu werten ist zu einem hohen Grade das gemeinsame Erlebnis der Dienstzeit, das die verschiedenen Schichten unseres Volkes in sozialer, aber auch in regionaler Hinsicht in verbesserten Kontakt treten läßt. Verschiedene Auffassung, verschiedene Gesinnung, verschiedene Sorgen und Nöte treten in Beziehung zu einander, suchen gegenseitiges Verständnis, und finden es. So vermag das gemeinsame soldatische Erleben den Gemeinschaftssinn aus sich selbst zu fördern und es läßt ihn umso natürlicher erwachsen, je weniger der Versuch gemacht wird, in letzter Linie stets irgendwie vorhandene natürliche Gegensätze zu verwischen, aus unserem Volke gewissermaßen einen „Einheitsbrei“ herzustellen, der nüchterner Erkenntnis gegebener Tatsachen ebenso

widerstrebt wie des Mannes aufrechtem Sinn, und der zudem, rein politisch gesehen, aus der föderativen, deutlicher „regionalen“ Struktur unseres Staates weder begründet, noch auch zweckmäßig erscheint. Andererseits mag als negatives Element wohl die Parteilung unseres Volkes erscheinen, die sich in der langen Zeit des Friedens, durch das Erlebnis des Weltkrieges eigentlich kaum oder nur schwach unterbrochen, tief in die sichtbaren und in die verborgenen Falten unseres Volkskörpers gesenkt hat. Allein so sehr wir uns bewußt sind des positiven Charakters jenes ersten Elementes, das aus der langen und nicht abreißen Zeit des aktiven Dienstes erwuchs und täglich neu erwächst, so vermag uns wieder jene negative Seite des zweiten Elementes nur bedingt zu schrecken. Zwar ist unser Volk nach verschiedenen Gesichtspunkten gewissen Scheidungen unterworfen, und ihre Trennungslinien pflegen sich oftmals zu überschneiden. Diese Scheidungen sind zwiefacher Art. Soweit sie sich aus dem föderativen oder regionalen Aufbau des Bundesstaates ergeben, den das Volk sich, nach schweren Irrungen wohl, aber letztlich aus freiem und wohlwogenem Entschluß so geschaffen hat, wie er heute besteht, sind sie historisch wohl begründet. So und nicht anders wollte unser Volk seinen Staat, aus dem Erlebnis seiner Geschichte, bewußt in seiner komplizierten Vielfalt der „azentralen“ Organisation, mit den unbestreitbaren Schwierigkeiten, Hemmungen, Umwegen, die zwangsläufig solchem Aufbau stets entspringen müssen und in Zeiten der Not doppelt fühlbar werden, wo die Führung des Gesamtstaates im Sinne der Straffung als unerläßlich sich erweist. Allein es hat sich dafür ein Kleinod bewahrt, dessen heller Glanz selbst die zu Zeiten dunkler erscheinende Wand organisatorischer Hemmungen und Schwierigkeiten stets wieder durchschneidet, — es ist die große Idee der politischen und geistigen Harmonie der Rassen, der Nationalitäten, der Religionen und der verschiedenen Kulturen — mit einem Wort: die Idee der Gleichberechtigung und des vollen Schutzes der Minderheiten, in deren vollkommener Anwendung unser Land jüglich nicht nur den ersten, sondern den einzigen Platz beanspruchen darf. Niemand wird deswegen versucht sein, jene schweren Hemmungen und Schwierigkeiten zu verkennen, die sich in der heutigen Zeit der Not aus dieser Organisation ergeben. Aus dem Gesichtspunkt gegenseitiger Rücksichtnahme sind sie zu meistern, solange eben der Gemeinschaftsinn überwiegt; wer aber möchte hier ernstlich sich dem Zweifel hingeben, wo doch das klare Bewußtsein gemeinsamen Schicksals angesichts der Entwicklung der kontinentalen Lage sich täglich verstärken muß und jedenfalls bedeutend tiefer liegt als in der Zeit des Weltkrieges?

Die zweite Scheidung findet gemeinhin ernstere Beurteilung, weil ihre Äußerungen anderen, angriffigen Charakter tragen, und weil sie einem Lande an unseren Grenzen zum tragischen Verhängnis geworden

sind. Ihr galt jene Mahnung des Bundespräsidenten; die üblen Auswüchse aber, die sie zeitigt und die in der schweren Zeit den Eidgenossen mit Widerwillen erfüllen oder ihm ernste Besorgnis erwecken, scheinen Vielen wie das Symptom eines Krankheitszustandes. Und doch ist die Scheidung des Volkes in politische Parteien als solche genau so wenig anzufechten wie es die föderativen oder regionalen Trennungsmomente sind. Erscheinen jene historisch begründet, so sind es diese nicht minder. Die demokratische Organisation des Staates ist ohne Parteien nicht denkbar. Sie sind ein natürliches Element der Einteilung des Volkes nach sozialer Schichtung, nach weltanschaulicher Überzeugung, nach politischer Gesinnung. Daß sie ein Requisite des 19. Jahrhunderts sind, ist nicht im geringsten ein Anlaß, sie als solche abzuschätzen. Denn in ihnen fanden die Grundsätze der Freiheit der Gesinnung, der Freiheit, diese gemeinsam zu bekunden, sich in Wort und Schrift zu ihr zu bekennen, ihren tatsächlichen Ausdruck. Gerade aus diesem Grunde verdienen die Leute, welche die Parteien „abschaffen“ wollen, unsere ganz besondere Beachtung — nicht nur, weil wir diese in der Organisation des demokratischen Volksstaates für unentbehrlich halten, sondern weil der Angriff, der sich gegen die Parteien richtet, in Wahrheit den Grundsätzen gilt. Die bedeutende Funktion der Parteien als solche ergibt sich übrigens daraus, daß auch der totale Staat nicht auf sie verzichten konnte, sondern sie, allerdings im Sinne jener anderen Grundsätze, die nicht die unseren sind und nicht die unseren sein können, in besonderer Form bestehen ließ. Daß sie als praktisches Element der politischen Willensbildung unerläßlich sind, erweisen u. a. im besonderen die Erfordernisse des freien Wahlrechtes, welche Vorschläge für die Bestellung der Behörden bedingen, die schließlich von irgend einer Organisation getragen werden müssen.

Allein die Verwirklichung der tatsächlichen Gemeinschaft des Volkes erfordert in der schweren Zeit eine scharfe Beschränkung der Parteien im politischen Kampf, ihre Zusammenarbeit, nicht die gegenseitige Bekämpfung. Die zurückliegenden zwei Kriegsjahre haben hier zweifellos eine bedeutende Entwicklung gezeigt. Teils infolge von Maßnahmen der Behörden, teils aber auch in eigener Selbstbeschränkung übten die Parteien sowohl in den Wahlkämpfen — erinnert sei insbesondere an die Nationalratswahlen des Herbstes 1939 — wie in den Abstimmungskämpfen eine bemerkenswerte Zurückhaltung; in verschiedenen Gebieten, allen voran im Kanton Bern, schlossen sie sich zusammen zur Bildung politischer Arbeitsgemeinschaften und verwirklichten so jene Forderung der „Großen Koalition“, die auf dem Boden des Bundes nicht zu erreichen war. Die Eingliederung der Sozialdemokratischen Partei, als der Oppositionspartei nach Tradition, in solche Arbeitsgemeinschaften, war zweifellos ein bedeutsames

Ereignis auf dem Felde der inneren Politik; es entsprach im Grunde der Wandlung dieser Partei in ihrer Haltung zu den Fragen der Landesverteidigung, die sich in den Jahren vor Kriegsausbruch vollzogen hatte — allerdings vorwiegend aus Ursachen, welche sowohl Ernst wie Dauerhaftigkeit der Wandlung nicht immer über jeden Zweifel erhaben erscheinen ließen. Allein unverkennbar erwies sich in der Entwicklung die Zurückhaltung der Oppositionspartei sowohl auf dem Boden des Bundes, wie auf dem der Kantone. Es war zwischen den Parteien stillschweigend ein Waffenstillstand geschlossen worden; aber wenn das Land, im Großen gesehen, zweifellos seinen Nutzen daraus ziehen konnte, so war deswegen gerade der Vorteil, den die Sozialdemokratische Partei bei dieser Gelegenheit für sich buchen konnte, gar nicht etwa gering zu veranschlagen. In dieser Zeit ist die staatssozialistische Mühle dieser Partei mit manchem größeren Wässerchen gespießen worden, Einbruch auf Einbruch folgte in die liberale Wirtschaftsordnung, bezw. in ihre noch verbliebenen Reste, und die Finanzpolitik folgte zunehmend der zentralistischen Bahn. Die Sozialisten werden also schon wissen, was sie für diesen „Waffenstillstand“ eingeheimst haben. Wenn sie sich heute anschicken, ihn wieder zu brechen, so sind sie in der Lage, einen schönen Erfolg für sich zu buchen.

Anzeichen solcher Entwicklung ergaben sich bereits im Laufe des Sommers dieses Jahres. Am 29. Juni trat die Sozialdemokratische Partei des Kantons Zürich, enttäuscht über die Erfolge der Zusammenarbeit, insbesondere wohl über das Ergebnis der kantonalen Abstimmung betr. die Einführung der Altersversicherung, von den interparteilichen Konferenzen zurück, unbeschadet übrigens der Tatsache, daß es gerade die sozialdemokratischen Bezirke gewesen waren, die das Gesetz eindeutig abgelehnt hatten! Dagegen wurde die Arbeitsgemeinschaft im Kanton Bern am 24. August durch die Sozialdemokraten noch bestätigt, allerdings gegen eine heftige Opposition, die trotz des Ergebnisses jenes Tages die Richtung der weiteren Entwicklung unschwer erkennen ließ. Spürt man nach den Gründen, welche diese neue „Wandlung“ der Partei anscheinend bestimmt, sicher aber mitbestimmt haben, so gewinnt leicht der Eindruck an Gewicht, daß die Partei einestheils die außenpolitische Gefährdung nicht mehr so akut einschätzt, andererseits die 30%ige Teuerung gerne zum Anlaß nimmt, nachgerade die in Zusammenarbeit und Waffenstillstand etwas matt gewordenen Segel wieder aufzufrischen. Unverkennbar spielt auch die kommunistische Agitation hier ihre Rolle, die in bemerkenswerter Weise zugenommen hat und aus ihrer Illegalität die große Partei nachgerade zu beeinträchtigen droht. Keineswegs abseits des Weges erscheint auch die Vermutung, die Partei wolle durch die erneute Aufnahme der „selbständigen, Klassenbewußten Parteipolitik“ die verantwortlichen Stellen unter Druck setzen, um in verstärktem Maße die Bahn zu einer neuen Wirtschaftsordnung im

Sinne der Umwälzung frei zu machen. Ihre Chancen sind hier, der allgemeinen Tendenz entsprechend, allerdings nicht gerade gering!

Wie vorauszusehen, verschärft sich diese Entwicklung zunehmend, zumal mit dem Zusammentritt des Parlamentes zur Herbstsession eine geeignete Plattform zur Agitation gerade im rechten Augenblick sich ergab. Materiell erschien das Problem der Preise und Löhne damit in akuter Weise im Blickfeld, und, nachdem die Vollmachtenkommission, welche zwar die Beschlüsse, die der Bundesrat im Rahmen der außerordentlichen Vollmachten erläßt, zu Händen des Plenums zu prüfen hat, zu selbständigen Anträgen an die Regierung aber die Kompetenz nicht besitzt, jenes „Ersuchen“ auf Übernahme der Milchpreiserhöhung durch den Bund beschlossen hatte — wieder ein Beweis übrigens, wie stark der Einfluß der sozialdemokratischen Tendenzen sich unter dem Regime des „Waffenstillstandes“ geltend machen konnte! — war gerade der erwünschte Griff gefunden, an dem man sich halten und der, im Sinne der seit langem gehegten Absicht, nunmehr gezogen werden konnte. Nachdem die überwiegende Mehrheit des Nationalrates es mit Recht abgelehnt hatte, das „Ersuchen“ der Vollmachtenkommission aufzunehmen und so dem Bundesrat gefolgt war in der wohlerrwogenen Überlegung, daß eine Übernahme der Milchpreiserhöhung aus grundsätzlichen Erwägungen nicht verantwortet werden konnte, zumal dadurch ein schwerwiegendes Präjudiz geschaffen worden wäre, hörte man jene Protesterklärung der Partei, zu deren Verlesung indessen, und das war zu bemerken, nicht Herr Grimm als Fraktionsführer, sondern Herr Johannes Huber auf der Tribüne erschien. Nun verfiel aber auch die Motion Meierhans, welche die Aufhebung der soeben eingeführten Umsatzsteuer verlangte, der Ablehnung, und damit war nun, wie es heißt, „das Maß voll“. Die Tore des Parlamentsgebäudes hatten sich kaum geschlossen, da erließ die Partei jenen Aufruf, der seitdem in der Presse des Landes eine erhebliche Bewegung verursachte und zu weitergehenden, grundsätzlichen Überlegungen, besser Besorgnissen, die Veranlassung gab. Unter dem Stichwort „Es wird zu viel“ ging eine Welle jener bekannten Protestversammlungen über das Land, welche die druckempfindlichen Stellen der Bundespolitik zum Zielpunkt des Agitationsbedürfnisses bestimmte und in ihrem psychologischen Ergebnis die Partei wieder auf die Bahn der „selbständigen, klassenbewußten Politik“, also des Klassenkampfes führen soll.

Man wird nun ohne weiteres zugeben, daß mit der nunmehr, indexmäßig, die 30 Prozent erreichenden Teuerung eine sehr schwere Last auf alle jene Kreise des Volkes gelegt ist, welche den Lebensunterhalt für sich und ihre Angehörigen aus festen Bezügen zu bestreiten haben, die der durch den Mangel an Waren und dem Bedürfnis nach Sachwerten entstandenen Konjunktur andererseits nicht teilhaftig sind. Nun sind aber von diesen Umständen nicht allein die Lohn- und Gehaltsempfänger

ger betroffen, sondern in viel einschneidender Weise alle jene, welche die Mittel zum Lebensunterhalt aus Renten irgendwelcher Art zu beziehen haben. Während dem Lohnempfänger in weiten Bereichen, leider lange nicht in allen, ein gewisser teilweiser Ausgleich der durch die Teuerung erwachsenen Belastung in Form von Zulagen oder Lohnerhöhungen geschaffen werden konnte, sehen sich die anderen Gruppen der Teuerung im wesentlichen ohne jedes Äquivalent ausgesetzt. Nicht zuletzt auch aus solchen Erwägungen ist der Bund mit vollem Recht von dem Wege abgekommen, seine Mittel für allgemeine Verbilligungsaktionen aufzuwenden, wie dies u. a. bereits in erheblichem Maße beim Brotpreis geschieht, und damit die ganze Bevölkerung, ohne Rücksicht auf die besondere Lage des Einzelnen, der betreffenden Erleichterungen teilhaftig werden zu lassen. Nun geht aber die Agitation geistlich an der Tatsache vorbei, daß der Bundesrat, wenn er zwar aus grundsätzlichen Erwägungen eine Heranziehung von Staatsmitteln zu allgemeinen Verbilligungsaktionen ablehnte und mit Rücksicht auf die Konsequenzen ablehnen mußte, dafür durch den Beschluß vom 10. Oktober seine Beteiligung an Notstandsaktionen der Kantone und Gemeinden bis zu einem Drittel der aufgeworfenen Summen festlegte, aber, und mit Recht, unter der Voraussetzung individueller Normen, wobei die Berücksichtigung kinderreicher Familien an erster Stelle erscheint und damit dem Problem des Familienchuzes eine besondere Pflege zuteil wird. Die „Tagwacht“ allerdings beliebt diesen weittragenden und nach Lage der Umstände sehr gerechten Ausgleich mit dem bezeichnenden Stichwort: „Almosen = Eidgenossen bekommen Gnadengeschenke“ zu begleiten. Sie leistet damit ein sprechendes Beispiel dafür, wie die Agitation betrieben wird und aus welchem Geiste sie entsprungen ist.

Der objektive Beobachter wird nun demgegenüber nicht wohl bestreiten können, daß das Problem der Teuerung nach Lage der Umstände nicht nur vielfältigen Anstrengungen der Behörden und der von diesen eingesetzten Organe gerufen hat, sondern daß ihm mit dem ganzen Ernst und der durch die Erfahrung des Weltkrieges geschulten Überlegung zu Leibe gegangen wird, welche dieser Frage mit Rücksicht auf ihre ausschlaggebende Bedeutung in sozialpolitischer Hinsicht entgegengebracht werden müssen. Die Studien und Arbeiten, welche von fachmännischer Seite seit langer Zeit diesem Problem gewidmet werden, haben eine wesentliche Vorleistung getan und viel dazu beigetragen, daß die beste nach den Umständen erreichbare Lösung zur Zeit in Aussicht steht. Unter den vielen Gruppen und Persönlichkeiten, die sich in dieser Richtung verdient gemacht haben, mögen hier nur erwähnt sein der unter dem Vorjiz des bekannten Gewerkschafters Prof. Marbach arbeitende „Arbeitsausschuß der Konjunkturbeobachtung = und Preisbildungskommission“, dem Vertreter aller wirtschaftlichen Richtungen ange-

hören; ferner seien erwähnt die Herren Dr. A d e r m a n n vom Statistischen Bureau der Nationalbank und Prof. B ö h l e r, die sich durch eingehende Referate, zum Teil vor der Öffentlichkeit, um eine objektive und umfassende Einstellung zu diesem denkbar schwierigen Problem erfolgreich bemüht haben. Es vermag auch zuversichtlich zu stimmen, wie sehr weite Kreise nach anfänglichen Schwankungen zur Einsicht gelangt sind, daß mit den demagogischen Mitteln des Tages, mit dem Auftrieb aus Agitationsversammlungen, mit sogenannten „Proklamationen“ das Problem nicht gelöst werden kann. Im sachlichen Bereiche aber findet sich heute überall, wo verantwortliche Leute, und zwar aller Richtungen, ein Wort mitreden, die Überlegung, daß die Teuerung in vollem Umfange nicht ausgeglichen werden kann, ja — nicht ausgeglichen werden darf, wenn es gelingen soll, den letzten Endes alle Kreise würgenden Windungen der „inflationistischen Spirale“ zu entgehen. Es sind eingehende Berechnungen darüber angestellt worden, wie hoch der sogenannte geldseitige Anteil der Teuerung zu veranschlagen sei, und die Sachverständigen kamen zu dem Ergebnis, daß dieser heute ungefähr 10 % betrage. Den Ausgleich der gestiegenen Kosten der Lebenshaltung durch Erhöhungen der Bezüge halten sie aber nur bis zu einem Prozentsatz angebracht, der den geldseitigen Anteil der Teuerung in geringem Maße überschreitet, weil sich durch ein tatsächliches „Nachlaufen“ der Löhne hinter den gestiegenen Warenpreisen zwangsläufig gesteigerte inflationistische Wirkung, und damit ein scharfes Einschalten in die „Spirale“, ergeben müßte. Daß im übrigen gerade die Geldseite des Problems von den Behörden keineswegs übersehen wird, beweist die Einführung der Umsatzsteuer, die u. G. ganz zu Unrecht in der Presse als „psychologischer Fehlgriif“ bezeichnet worden ist. Auch hier wäre den steten Kritikern ein gelegentlicher Blick auf die Verhältnisse und Bedingungen des Auslandes zu empfehlen. Was dort an sogenannter „Abjchöpfung der Kaufkraft“ schon geleistet worden ist und täglich geleistet wird, und zwar gerade in Staaten, die sich auf ihre Sozialpolitik besonders viel zugute halten, damit lassen sich unsere heutigen Verhältnisse, auch nach der Einführung der Umsatzsteuer, überhaupt nicht vergleichen, und hier im besonderen nicht, was die Lebenshaltung der breiten Massen betrifft. Auch Länder wie Dänemark, Schweden und andere, besonders aber das Deutsche Reich, dieses schon zur Zeit der Weimarer Republik, als beispielsweise Herr Hermann Müller dem Amte des Reichskanzlers vorstand, und ein Rudolf Hilferding über die Finanzpolitik wachte, sahen sich gezwungen, eine Umsatzsteuer einzuführen, und zwar zu ganz anderen Sätzen als wir heute. Unter diesen Umständen konnte eine Motion Meierhans im Grunde kaum anders denn als Ausfluß der Demagogie gewertet werden, oder in letzter Linie als Eingeständnis, daß man auch inflationistische Wirkungen mit allen ihren schrecklichen Folgen, gerade für den Lohnempfän-

ger, nicht so sehr scheut wie den Verzicht darauf, den populären Mann zu spielen. Prof. Böhler hat in seinem umfassenden Vortrag vor dem „Schweizerischen Städtetag“ die vornehmlich deflatorische Wirkung der Umsatzsteuer hervorgehoben und sogar ihrer Erhöhung das Wort geredet. Oder sollen wir etwa warten, bis der Staat sich gezwungen sieht — wie dies in anderen Ländern geschehen ist — die Zwangssparung einzuführen oder sich die, volkswirtschaftlich gesehen, überschüssige Kaufkraft ebenfalls durch staatliche Zwangsmaßnahmen im Anleihenwege zu sichern? Glücklicherweise kann demgegenüber festgestellt werden, daß wir heute, dank dem Verantwortungsbewußtsein aller Schichten, gerade auch der Arbeitnehmer, in der Lohnfrage auf einem guten Wege sind. Es steht eine lohnpolitische Einigung in naher Aussicht. Diese bewegt sich auf der von den Sachverständigen für tragbar gehaltenen Basis von ca. 15%. In dieser Hinsicht bestehen zwischen den Vertretern der Arbeitgeber und denen der Arbeitnehmer keine grundsätzlichen Differenzen mehr, und dies kann nach den verschiedenen Wirkungen der letzten Wochen als sehr erfreuliches Faktum registriert werden. Allein man wird sich auf allen Seiten darüber klar sein müssen, daß es mit dieser Einigung an sich nicht getan ist. Nachdem mit dem 1. November die Erhöhung des Milchpreises effektiv und damit eine weitere leichte Erhöhung des Indexjahres eintreten wird, wird die Aufgabe der Preiskontrolle in besonderer Weise erkennbar, da sonst auch eine dem besten Willen entsprungene Lohnvereinbarung doch wieder auf dem Papier bleiben müßte. Mit Recht hat hier Prof. Böhler verlangt, daß, nachdem eine gewisse Angleichung der landwirtschaftlichen Arbeitsverdienste an die allgemeine Entwicklung stattgefunden hat, die Preise der landwirtschaftlichen Erzeugnisse, deren Erhöhung bekanntlich den aus den Vorkriegsverhältnissen hier bestehenden Rückstand aufholte und die damit die reale Steigerung der Produktionskosten nicht unwesentlich überschritten haben, in Zukunft innerhalb dieses Rahmens gehalten werden müssen. Auch hier erfordert das „Durchhalten“ den Einsatz des ganzen Volkes in allen seinen Schichten und schließlich läßt sich die Tatsache nicht bestreiten, daß heute der Konsument, zumal in den Städten, die schwersten Opfer bringt.

Überblickt und prüft man nun gerade an Hand dieses heute entscheidenden Problems der Preise und Löhne die parteipolitische Lage, so wird auch das noch so scharfe Pfeifen des klassenkämpferischen Windes die negativen Perspektiven kaum überwiegen lassen. Gerade die stete und in diesem Problem anscheinend vor der neuen Bewährung stehende Verbindung und Zusammenarbeit der zwei ausschlaggebenden sozialen Schichten — Arbeitgeber und Arbeitnehmer — läßt die wahren Verhältnisse in einem günstigen Lichte erscheinen, und es ist aller Anlaß zu ruhigem und abgewogenem Optimismus, in diesem Bezirk, gegeben. Dieser Blickpunkt ergänzt sich aus einigen weiteren Beobachtungen. Da

läßt sich nun insbesondere feststellen, daß der starke und vor allem in persönlicher Beziehung einflußreiche gemäßigte Flügel der Sozialdemokratischen Partei die Agitationsbewegung der Sekretäre mit ausgesprochener Zurückhaltung begleitet. Manche mögen diese Tatsache mißtrauisch beschließen und dahinter nichts anderes als ein „Spiel mit verteilten Rollen“ erkennen und damit die erfreuliche Feststellung jeder Bedeutung im Sinne der Befriedung selbst entkleiden. Allein demgegenüber läßt sich doch betonen, daß es nicht diese Zurückhaltung allein ist, die in positiver Hinsicht unsere Beachtung verdient. Deutlich und ausgesprochen aktiv wird sie ergänzt durch die Intervention des gewerkschaftlichen Flügels der Partei, der sich immer im richtigen Moment dann regt, wenn die anderen gerade dabei sind, das wertvollste Geschirr zu zerbrechen. In dem Organ dieser Kreise, die in Prof. Marbach ihren Intendanten haben, der „Metallarbeiterzeitung“, ist die Agitation der Genossen, zumindest in ihren Auswüchsen, scharf und deutlich abgelehnt worden. „Trotz alledem: Verständigung“ — heißt es doch in der Überschrift des jüngst erschienenen und mit Recht weitherum beachteten Aufsatzes, der in seinem Kern dem Willen zur Verständigung das Wort redet. Man müsse sich, so schreibt das angesehene Blatt, hüten, in der Hitze der Polemik die Wirklichkeit durch Übertreibungen zu verzerren. Gegenüber den Behauptungen der Agitation wird festgestellt, tausende von Arbeitern hätten Lohnerhöhungen erfahren; man müsse sich hüten vor der „Schwarz-Weiß-Malerei“. Auch werden in dem Aufsatz die Leistungen des Bundesrates in der besprochenen Richtung durchaus anerkannt: es gebe, so schließt das Blatt, „keinen anderen Weg als den, bei jeder einzelnen konkreten Aufgabe nach einer loyalen Verständigung zu suchen und immer wieder am Gemeinsamen anzuknüpfen.“

Bedenkt man diese Worte und stellt man sich weiter die Frage, was wohl die Ursache dieser dem Interesse des Landes so völlig angemessenen Gesinnung sei, die weder Phrase kennt noch Agitation, so stößt man unmittelbar auf eine Erscheinung, die zu den erfreulichsten der letzten Jahre und vor allem auch dieser Tage gehört und im Grunde dazu Veranlassung gibt, auch die kommende Entwicklung, trotz aller schwerer Prüfungen, die dem Volke noch bevorstehen, mit Zuversicht ins Auge zu fassen. Es ist die seit einigen Jahren zu Recht bestehende Friedensvereinbarung in der Metall- und Maschinenindustrie. Über sie äußerte sich erst jüngst an der Jubiläumsfeier der Firma Brown, Boveri in Baden Minister Dr. Hans Sulzer in warmen und anerkennenden Worten. Besonders erfreulich erscheint, daß sich das Abkommen auch im abgelaufenen Jahre, unter naturgemäß ganz wesentlich erschwerten Bedingungen, bewährt hat. Angesichts der so in der bedeutendsten Branche unserer Industrie bewährten Erfahrungen besteht die Hoffnung, daß dieser Geist sich auch den Unternehmungen weiterer Wirtschaftszweige mitteile, wobei zu sagen ist, daß in zahlreichen und gerade in bedeutenden Zweigen von Handel

und Wirtschaft entsprechende Verhältnisse seit längerer Zeit ebenfalls bestehen. Diesen Geist im Sinne des ganzen Volkes zu erhalten und auszubauen, gehört zweifellos zu den vornehmsten und zugleich zu den dankbarsten Aufgaben der eidgenössischen Politik.

Es ist nun insbesondere diese Friedensvereinbarung, die uns zu einem guten Teil, zu einem sehr wesentlichen Teil über die Verhältnisse während des Weltkrieges, gerade zu Beginn seines dritten Kriegsjahres, herauszuheben vermag. Mit Recht hat Herr Nationalrat Feldmann (Bern) deshalb auch die besorgte, aber eine gar zu simple Parallelität involvierende Frage verneint, ob wir vor „einem zweiten 1918“ stünden — eine Frage, die in diesen Wochen, verursacht gerade durch die Agitation der Linken, im Lande beweglich umgeht. Feldmann verweist darauf, daß tatsächlich „kein vernünftiger Grund“ bestehe, ein „zweites 1918“ für möglich oder gar für wahrscheinlich zu halten. Damals war die Landesverteidigung umstritten, der verhängnisvolle „Graben“ aufgerissen zwischen Deutsch und Welsch, alle möglichen „Affären“ belasteten und verwirrten die seelische Verfassung der verschiedenen Schichten des Volkes, die zudem in sozialer Beziehung mit der denkbarsten Schärfe gegeneinander anstießen. Bedenkt man nun diese Verhältnisse, um damit die heutige soziale Lage, das Zeichen der Friedensvereinbarung zu vergleichen, so wird der ruhige Beobachter von selbst zu einer zurückhaltenden Beurteilung der gegenwärtigen Spannungslage kommen müssen, die gerade in diesen Tagen besonders nottut. Und das ist auch mit ein Grund, weshalb wir den agitatorischen Rückfall unserer Sozialdemokraten mit einer gewissen Ruhe betrachten, dabei aber denn doch um die Feststellung nicht wohl herumkommen können, daß die polemischen Übertreibungen der Agitationsversammlungen zu dem doch immerhin der Partei nicht ganz fernstehenden Pfisterkari mit seinem „Mir müend ja glich zäme schaffe“ wie eine Faust auf das treue Auge passen wollen. Allein unter dem Einfluß der gemäßigten Elemente der Partei, insbesondere also ihres gewerkschaftlichen Flügels, unter dem Einfluß aber insbesondere der eigentlichen Führungsgruppe, die sich zur Zeit noch weise im Hintergrund hält und derweil das Feuerwerk abbrennen läßt, besteht doch immerhin die Hoffnung, daß die Oppositionspartei sich gelegentlich, als Ganzes, wieder in die Front der Gemeinsamkeit zurückfinde. Täte sie es nicht — sie hätte auf die Dauer selbst keinen Vorteil davon. Denn mit Recht betont das „Journal de Genève“, daß schließlich nicht nur die Sozialisten mit dem Eintritt in den Waffenstillstand auf die fortgesetzte Verfolgung ihrer Interessen verzichtet haben — die Sozialisten sogar weitaus am wenigsten. Der Nachweis ergibt sich unschwer aus einem Blick auf die staatspolitische, auf die finanzpolitische Entwicklung der zwei vergangenen

Kriegsjahre. So haben, schreibt die Zeitung, die Bürgerlichen dem wirtschaftlichen Liberalismus harte Schläge zufügen lassen und auch sonst eine Entwicklung sich vollziehen sehen, die sie unter dem im Interesse des Landes bestehenden Waffenstillstand hinnehmen mußten. Sie können aber auch anders: sie können sich nämlich auch zur Wehre setzen. Die Sozialisten, schreibt das Blatt weiter, haben die öffentliche Meinung geschlossen gegen sich, wenn sie die Opposition weitertreiben; denn das Volk fühlt instinktmäßig, wie sehr die Erhaltung der Einigkeit notwendig bleibt. „An den sozialdemokratischen Führern ist es nun, sich zu entscheiden, ob sie wollen, daß wir weiterhin der Vorteile der Einigkeit teilhaftig bleiben, die das Datum des 1. September 1939 trägt, oder ob sie diese aus freien Stücken zerstören wollen — und es ist höchste Zeit für diese Entscheidung“ — damit schließt das Blatt seine Worte ab, die eine Mahnung zur rechten Stunde bedeuten.

Allein es fehlt uns vorerst durchaus die unausweichliche Veranlassung, zu glauben, daß die vielbeschriebene — nur zu viel beschriebene — Agitationswelle nicht eines Tages wieder verebben werde, wie sie gekommen ist, und daß nicht schließlich doch die Besonnenheit im Lager der Oppositionspartei wieder einkehre. Denn die Früchte, die einem gleichsam mühelos in den Schoß fallen, gibt keiner leichtfertig preis — im übrigen aber sind wir durchaus der Meinung, daß der Einfluß der Führergruppe und des Gewerkschaftsflügels, dessen Einstellung wir im übrigen gewürdigt haben, sich in Kürze wieder durchsetzen werde, denn auch der Arbeiter, der mit uns den aktiven Dienst leistet, weiß im Grunde ganz gut, daß wir heute, ob wir wollen oder nicht, eben doch alle in einer unlöslichen Schicksalsgemeinschaft verbunden sind, deren Bruch damit zugleich das Ende bedeuten müßte.

Sehen wir diese Erkenntnis voraus — und wir wüßten nicht, weshalb sie nicht vorauszusetzen wäre —, so läßt sich das Ausreißen der Oppositionspartei gleichwohl nicht unschwer erklären. Wenn auch der Kampf der Parteien um des Kampfes willen in der schweren Zeit der heutigen Tage eine Berechtigung für sich nicht in Anspruch zu nehmen vermag, so begreift man, daß schließlich ab und zu die Waffen wieder einmal geübt werden müssen, zumal wenn man eben Oppositionspartei ist, die in der Exekutive des Bundes keine Vertretung besitzt. Auch schiene uns gerade auf diesem Gebiete — bei allem selbstverständlichen Gebot der Zurückhaltung — die bewußte oder unbewußte Verwischung natürlich-gegebener Gegensätze, die aus der Verschiedenheit der politischen und weltanschaulichen Überzeugung oder schließlich auch aus der Verschiedenheit der sozialen Schichtung fließen, unnatürlich und damit ungesund. So schadet es an sich gar wenig, wenn, auch unter dem Regime des Waffenstillstandes, die Parteien gelegentlich die Klingleiten kreuzen — wie es unlängst wieder mit aller Behemung in Genf ge-

schah —, sofern nicht allzugroße Exzesse ein Übermaß von Verständnislosigkeit gegenüber dem Ernst der Lage des Landes erkennen lassen. Man sagt uns zwar, die Welt werde nach diesem Kriege ein völlig anderes Gesicht tragen — wir aber beschränken uns, etwas bescheidener, zuzugeben, daß die Folgen der unerhört blutigen Opfer sich aller Voraussicht nach in wichtigen Veränderungen, gerade auch der sozialen Struktur, auswirken werden, was nur von Vorteil sein kann. Inzwischen aber kann und soll kein Mensch verlangen, daß der Elefant und der Pfister-Kari nun die gleiche Einstellung mimen, die sie doch nicht haben, und dauernd Küffel in Arm gehen sollen — wenn sie nur, beide, das Herz auf dem rechten Fleck haben. Das Bürgertum aber, statt sich heute über die oppositionelle Agitation aufzuhalten, sollte dafür sorgen, daß seine Parteien entschlossen den Kampf gegen die Teuerung selbst aufnehmen — das wäre die beste Antwort gegenüber der zwischen Zusammenarbeit und Opposition hin und herschwankenden Partei, und zugleich der größte Dienst, den sie dem Lande leisten können.

* * *

In einem Aufsatz, der dieser Tage im „Vaterland“ erschien, befaßt sich Nationalrat Wick (Luzern) mit der Frage, ob eine schweizerische Revolution möglich wäre und hebt dabei mit Recht hervor, daß eine der ersten Voraussetzungen für eine ruhige und erschütterungsfreie Entwicklung unseres gesamtpolitischen Zustandes in dem engen Kontakt zwischen Behörden und Volk bestände. Nun wäre leider zu sagen, daß dieser Kontakt nicht immer oder nicht immer rechtzeitig hergestellt wurde, und zwar durch Fehler von oben. Unser Volk ist im Grunde durchaus verständig, aber es will unterrichtet sein, auch über jene Fragen oder Probleme, die kraft der bundesrätlichen Vollmachten entschieden werden, zu denen es also — als unter einem Ausnahmezustand — nur sehr indirekt, durch seine Vertreter, und ganz nachträglich, seine Ansicht kundtun kann. Gewiß gibt es Dinge, die sich zur Publizität in dem Spannungszustand der Kriegszeit nicht eignen, und wir möchten hierzu durchaus jene Sphären rechnen, wo das kriegsführende Ausland als unser Verhandlungspartner, beispielsweise, erscheint. Aber in jenen anderen Angelegenheiten, die sich im wesentlichen in dem inneren Bereiche abspielen, ist Aufklärung, vermehrte Aufklärung nötig — sie allein schafft Vertrauen, und zwar das gegenseitige Vertrauen zwischen Behörden und Volk. Ohne dieses gegenseitige Vertrauen aber ist, man täusche sich nicht, die Führung des demokratischen Volksstaates gerade in Kriegszeiten nicht möglich.

Leider hat nun aber ein während der Herbstsession gefallener Entscheid dieses demokratische Grundproblem in letzter Linie außer Acht gelassen.

Die Vorlage über die Allgemeinverbindlicherklärung von Gesamtarbeitsverträgen ist, trotzdem zahlreiche Stimmen das Gefährliche dieser Maßnahme betonten, der Abstimmung des Volkes und der Stände entzogen worden — und dies, obwohl der nun in Kraft getretene Bundesbeschluß wichtigste Prinzipien unseres Verfassungsrechtes teilweise aufhebt — Gewerbefreiheit, Vertragsfreiheit, Rechtsgleichheit — obwohl ferner eine fertige Verfassungsvorlage über die Neuordnung des Art. 31 BB — betr. die Handels- und Gewerbefreiheit —, in der gerade auch die Verbindlicherklärung von Gesamtarbeitsverträgen vorgesehen war, seit zwei Jahren der Volksabstimmung harret. Diese Abstimmung bedeutete nun nicht etwa nur, was den Inhalt der Bestimmung als solchen betrifft, einen „Schritt in eine unbekannte Zukunft“, sondern die glatte Ausschaltung des Volkes, dem sein Recht entzogen wurde. Dies ist schon wiederholt ganz offen zugegeben worden. Besonders bemerkenswert war aber dabei die Stellungnahme der welschen Abgeordneten. Denn mit der einzigen Ausnahme des Tabakindustriellen Burrus stimmten sämtliche welschen Vertreter, Sozialisten und Bürgerliche Arm in Arm (was dort ganz besonders registriert zu werden verdient!), für den dringlichen Bundesbeschluß, also gegen die Rechte des Volkes, sie, die doch sonst, wie keine, den Anspruch erheben, die treuesten Hüter, die entschlossensten Verteidiger der Volksrechte zu sein. Es wird sich Gelegenheit bieten, sie bei dem nächsten Anlaß an diese denkwürdige Abstimmung zu erinnern!

Diese Haltung der welschen Abgeordneten erklärt sich aus ihrem Einfluß für den Korporationsgedanken, eine Bewegung, die in den Kantonen französischer Zunge umgeht und die, als solche, unsere Beachtung verdient, wenn auch die Entwicklung noch eher in den Anfängen liegt. Sie wäre in einem weiteren Zusammenhang zu betrachten. Allein heute schon mag die Gefahr erkannt werden, die in der Ausschaltung des Volkes liegt. Gewiß — das Volk hat schon öfters nein gesagt. Allein — und gerade hier möchten wir die Welschen fragen — hat es nicht dabei sehr häufig recht getan? Nichts aber könnte, auf die Dauer geübt, das Vertrauen des Volkes, die Grundlage unserer Existenz als demokratischer Volks-Staat, eiliger untergraben, als wenn man ihm das Recht nähme, das sein erstes, sein grundlegendes ist. Denn wir Stimmbürger alle wollen die freien Männer eines freien Volkes sein, von denen Herr Nietlisbach in seiner Abschiedsrede sprach.